

 EUROPÄISCHE UNION

EU-Kommission will offenbar Datenschutzregeln für KI-Unternehmen aufweichen

Brüssel plant Ausnahmen im Datenschutz, um KI-Unternehmen zu entlasten. Entwürfe deuten auf Lockerungen beim Umgang mit sensiblen Daten hin. Nicht alle sehen das positiv.



Sophie Barkey

10.11.2025

🔄 10.11.2025, 15:15 Uhr



Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen
Darko Bandic/AP

EU-Beamte sind offenbar bereit, einige ihrer wichtigsten Datenschutzregeln zugunsten der Künstlichen Intelligenz aufzuweichen. Wie das Nachrichtenportal [Politico](#) unter Berufung auf Entwürfe des Plans berichtet, plant Brüssel dabei weitreichende Änderungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die vor allem Entwicklern von KI-Systemen zugutekommen würden. Ziel sei es, mit dem Abbau von Bürokratie die Wirtschaft in Europa anzukurbeln.

Die [Datenschutz-Grundverordnung \(DSGVO\)](#) ist ein EU-weites Gesetz, das seit Mai 2018 gilt und den Schutz personenbezogener Daten regelt. Sie legt fest, wie Unternehmen und Organisationen mit persönlichen Informationen von [EU-Bürgern](#) umgehen müssen, gewährt Betroffenen umfassende Rechte (wie Auskunft, Löschung und Datenportabilität) und sieht bei Verstößen empfindliche Bußgelder vor.

Die Europäische Kommission will nun laut Politico noch in diesem Monat ein „Digital-Omnibus“-Paket vorstellen, das zahlreiche Technologieregeln vereinfachen soll. Die Kommission betont, es handele sich lediglich um „gezielte“ Anpassungen zur Beseitigung überflüssiger Regelungen.

EU plant wohl Ausnahmen für KI-Unternehmen

Die geplante Reform dürfte für Unternehmen, die mit KI arbeiten, ein großer Vorteil sein. Sie sieht laut Politico neue Ausnahmen für KI-Unternehmen vor, die es ihnen erlauben würden, besondere Kategorien personenbezogener Daten – etwa Informationen über Religion, politische Überzeugungen, ethnische Herkunft oder Gesundheitsdaten – rechtmäßig zu verarbeiten, um ihre Technologien zu trainieren und zu betreiben. Zudem plant die Kommission dem Bericht zufolge, die Definition dieser besonders geschützten Datenkategorien im Datenschutzrecht neu zu fassen.

Auch der Begriff der personenbezogenen Daten soll überarbeitet werden: Nach den Vorstellungen der Kommission könnten pseudonymisierte Daten – also Daten, bei denen persönliche Merkmale unkenntlich gemacht wurden, sodass eine Identifizierung nicht mehr möglich ist – nicht immer unter den Schutz der DSGVO fallen.

Schließlich will Brüssel auch die Regeln zu Cookie-Bannern reformieren: Eine neue Bestimmung in der DSGVO soll Website- und App-Betreibern mehr rechtliche Möglichkeiten geben, das Verhalten von Nutzern zu verfolgen – über die bloße Einholung ihrer Zustimmung hinaus. Der Entwurf könnte sich allerdings noch ändern, bevor die Kommission ihre Pläne am 19. November offiziell vorstellt.

Deutschland nimmt ungewöhnliche Haltung ein

Nicht alle in Brüssel stehen dem neuen Vorstoß positiv gegenüber. Die tschechische Grünen-Abgeordnete im EU-Parlament Markéta Gregorová sagte laut Politico, sie sei „überrascht und besorgt“, dass die DSGVO erneut diskutiert werde. Sie betonte, dass die Grundrechte der Europäer „mehr Gewicht haben müssen als finanzielle Interessen“.

Laut Dokumenten, die Politico vorliegen sollen, lehnen Estland, Frankreich, Österreich und Slowenien jegliche Überarbeitung der Datenschutz-Grundverordnung entschieden ab. Deutschland, normalerweise als besonders datenschutzorientiert angesehen, setzt hingegen auf umfassende Änderungen, um die Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu erleichtern.

Der Kurswechsel der EU-Kommission in Sachen Datenschutz kommt zu einer Zeit, in der sie sich um die schwindende Wirtschaftskraft Europas sorgt. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Draghi hatte die DSGVO in seinem wegweisenden Bericht zur

Wettbewerbsfähigkeit bereits im vergangenen Jahr als Hemmnis für europäische Innovationen im Bereich der KI genannt.



Staatsreligion Datenschutz in der Rentnerrepublik: Fortschritt – bitte draußen bleiben!

Deutschland hat den Datenschutz zur Staatsreligion erhoben. Aus vermeintlicher Angst vor einer Stasi 2.0. Die Empörung über Big Tech tarnt oft nur unsere Bequemlichkeit.

Von Alexander Dergay

Politik 09.11.2025



Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.